

„Ertrag für die Stadt wird geringer“

WINDKRAFT Mehrheit im Umweltausschuss versagt das vorzeitige Fällen von Bäumen / Viele Zuhörer

NEU-ANSPACH (shu). Kurskorrektur beim Projekt Windenergieanlagen. Der Antrag auf vorzeitige Rodung der für den Bau des Windparks benötigten Waldflächen wird nicht befürwortet, sondern erst die endgültige Genehmigung des Projektes durch den Regierungspräsidenten abgewartet. Der Umweltausschuss folgte dem Vorschlag der CDU-Fraktion in seiner Sitzung mehrheitlich mit sieben Ja-Stimmen. Lediglich die stimmberechtigten Parlamentarier der Grünen waren nicht zufrieden. Von Enno Pigge gab es ein Nein und Wolfgang Wagner enthielt sich der Stimme. „Wir wollen auch glaubwürdig bleiben“, begründete Uwe Kraft für die CDU seinen Antrag mit der ihm eigenen Leidenschaft. „Darüber hinaus schaffen wir dann auch keine Fakten, die nachher nicht mehr zu korrigieren sind.“ Das Beispiel in Treisberg sei ihm dabei eine Lehre gewesen. „In letzter Minute“ sei hier praktisch der Windanlagenbau gescheitert. Man solle das Risiko nicht eingehen, sagte er unter Applaus der Zuhörer.

Heike Seifert signalisierte für ihre SPD-Fraktion Zustimmung. Sie wollte jedoch wissen, welche Auswirkungen dieser Schritt habe. „Der Ertrag für die Stadt wird geringer“, bilanzierte Bürgermeister Klaus Hoffmann (CDU) bei einem späteren Beginn der Arbeiten. Die grundsätzliche Entscheidung für den Bau der Windräder in Neu-Anspach sei dadurch nicht gefährdet. Auch der Magistrat habe sich mehrheitlich dafür entschieden, wusste der Verwaltungschef von der Sitzung am gleichen Tag zu berichten. Nur die Grünen wollten nicht warten, sondern gleich die Rodung zulassen.

Die Reform des EEG komme, und da sei ohnehin mit weniger Ertrag zu rechnen, da nutze auch die Eile nichts, sagte Kraft in Richtung Grüne.

Zunächst soll nun das Regierungspräsidium in Darmstadt für die immissionsrechtliche Genehmigung sorgen.



Abstimmungsgespräche der Politik unter den Augen der Zuhörer, die zumindest Gegner der Windkraft sind: FDP-Mann Hans-Jürgen Schubert (von rechts) im Flüstergespräch mit Gudula Bohusch, Hans Bruns, Enno Pigge und Wolfgang Wagner (alle Grüne).

Foto: Bugge

Dabei sind die von 24 Behörden angeforderten Stellungnahmen mitsamt Daten und Fachgutachten zu prüfen.

Damit dieses Verfahren nun zügig vorangehen kann, hatten die Ausschussmitglieder über weitere Punkte zu befinden. Dabei kamen interessante Abstimmergebnisse zustande. Sowohl bei Punkt 1 (Bestätigung über die Vollständigkeit der Antragsunterlagen mit 18 Anlagen) als auch bei Punkt 2 (Zustimmung zum Bauantrag der Neu-Anspach Wind GmbH & Co. KG für die Errichtung und Betrieb von fünf Windrädern) gab es jeweils mit sechs Stimmen einen mehrheitlichen Beschluss. Die Stimmenthaltung (Rudi Maas) und die zwei Nein-Stimmen (Reinhard Stephan und Günter Lurz) wurden im Lager der CDU-Fraktion registriert. Bereits bei der namentlichen Grundsatzentscheidung im November 2012 hatte es hier zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen gegeben.

Rudi Maas forderte Einblick in die Gutachten. Deren Bewertung sei keine Sache der Politik, erläuterte Hoffmann, und Kraft meinte, die Stadtverordneten

seien ja keine „Obergutachter von Gutachtern“, das könnten nur die Fachleute im Regierungspräsidium sein, die den Genehmigungsantrag prüfen.

Beim Antragspunkt 4 zur Genehmigung einer Waldrodung als forstrechtliche Kompensation sorgten sechs Ja-Stimmen für die notwendige Mehrheit. Hier enthielten sich die CDU-Vertreter der Stimme. Ein Ausgleich für die 3,77 Hektar Rodungs- und Waldfläche soll hierbei über die Festsetzung einer Walderhaltungsabgabe (2,7 Hektar) sowie über eine direkte Aufforstung (ein Hektar) erreicht werden. Hier sind der Antragsteller und die Stadt aktuell auf der Suche nach geeigneten Flächen.

Der kleine Klubraum im Untergeschoss des Bürgerhauses war bei der Sitzung des Umweltausschusses propenvoll. Neben den rund 20 Politikern, Fachleuten von Süwag/Juwi, Gutachtern und Pressevertretern zwängten sich gut 70 Interessierte im kleinen Saal. Rolf Scherer hatte neben seinem Plädoyer für die Zustimmung der FDP zu der Beschlussvorlage auch einen Seitenhieb für die Besucher parat, die

das mit „Buh“ quittierten. „Wenn wir bei unseren Veranstaltungen zum Klimaschutzkonzept 2012/13 auch diese Aufmerksamkeit der Bürger gehabt hätten, wären wir begeistert gewesen“, lautete sein Credo.

Aufgeheizte Stimmung zunächst auf den Rängen, was sich später aber entspannte. Da Sitzungsleiterin Claudia Bröse (FWG/UBN) bei ihrer Begrüßung dort nicht zu verstehen war, vermutete eine Zwischenruferin dahinter Absicht. Doch die Ausschussvorsitzende ließ sich nicht aus der Ruhe bringen und brachte die Sitzung bereits nach knapp einer halben Stunde zu Ende.

Nach der Sitzung suchten viele der Zuhörer das Gespräch mit den Kommunalpolitikern. Die Vertreter des Investors Süwag/Juwi und die Gutachter wurden in der Sitzung nicht gefragt.

Auch im Vorfeld gab es einen Ausreißer. Luise Drescher-Barthel, Erste Stadträtin der CDU im Magistrat, war erschüttert. Sie wurde auf dem Weg zum Bürgerhaus von einem Passanten verbal unangemessen angegangen, wie sie berichtete.